

Wahlprüfstein DIE LINKE

Fachverband Ethik e. V. - Bundesverband
Kaflerstr. 1
81241 München

Wahlprüfsteine des Fachverbands Ethik für die Bundestagswahl 2017

1. In einer gesellschaftlichen Situation, in der noch knapp ein Drittel der Jugendlichen angibt, es sei für sie wichtig, an Gott zu glauben, in der für weniger als 10% der Jugendlichen mit deutschem Elternpaar Religion zu den fünf Topthemen ihrer Wertorientierung zählt und in der eine deutliche Mehrheit aller Deutschen sich ein Pflichtfach Ethik wünscht, ist es ein Anachronismus, dass das Fach Ethik bzw. Praktische Philosophie in den Schulen nicht überall in Deutschland mit Klasse 1 der Grundschule beginnend auf die gesamte Schulzeit ausgeweitet wird. Viele Schulleiterinnen und Schulleiter stehen unter erheblichem Druck jener Eltern, deren Kinder keinen Religionsunterricht besuchen und die zu den Unterrichtszeiten, zu denen ihre Klassenkameraden im Religionsunterricht sind, unterrichtlich nicht oder nur notdürftig versorgt sind. Dies stellt eine unhaltbare Diskriminierung all jener Schüler dar, die keinen Religionsunterricht besuchen. Für eine Ausweitung des Unterrichtsangebots spricht auch, dass in fünf Bundesländern das Fach Ethik bereits von der ersten Klasse der Grundschule an - so etwa in Bayern, Hessen und in Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt - angeboten wird. Diese Länder tragen damit auch dem Umstand Rechnung, dass in einer kulturell und religiös zunehmend heterogenen Gesellschaft, in der ein wachsender Anteil ohne Bindung an eine Konfession lebt, ein wertevermittelndes und unmittelbar die ethische Kompetenz stärkendes Unterrichtsfach für alle Schülerinnen und Schüler angeboten werden muss.

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Ethikunterricht in allen Ländern und allen Schulen ab Klasse 1 einzurichten ist?

Wir setzen uns für Religionsfreiheit und für die klare Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat ein. Das sollte auch für das Schulsystem gelten. Allerdings ist der Religionsunterricht als einziges Unterrichtsfach an allen öffentlichen Schulen im Grundgesetz benannt. Aus unserer Sicht müssen dann auch alle Religionen gleichbehandelt werden. Grundsätzlich steht DIE LINKE dafür, dass Normen und Werte, gesellschaftspolitische und philosophische Fragen sowie Wissen über Religionen in Schulen in einem gemeinsamen Unterrichtsfach bzw. fächerübergreifend thematisiert werden. Der gemeinsame religionsübergreifende Unterricht wäre ein wichtiger Beitrag zur Integration. Das Verbindende und das Kennenlernen verschiedener Weltanschauungen und Religionen sollte im Mittelpunkt stehen, nicht das Trennende. Wir fordern LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames, reguläres Schulfach ab Schulbeginn.

2. In vielen beruflichen Schulen wird das Ethikfach nicht konsequent als reguläres Unterrichtsfach angeboten. Die häufig sehr heterogene und in Bezug auf Wertorientierungen inkonsistente Schülerschaft mit einem deutlich erhöhten Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund - gerade in den verschiedenen Schularten des beruflichen Schulwesens - benötigt dringend ein verbindliches Angebot an Ethikunterricht in allen beruflichen Schulen.

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, das Fach Ethik/Praktische Philosophie als reguläres Unterrichtsfach in allen beruflichen Schularten einzurichten?

DIE LINKE setzt sich auch dafür ein, dass LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames, reguläres Schulfach an beruflichen Schulen eingeführt wird.

3. In vielen Bundesländern hat das Ethikfach noch immer den Status eines "Ersatzfaches". Das muss dahingehend geändert werden, dass ihm - nach vier Jahrzehnten Unterrichtserfahrung, einer steigenden Nachfrage von Seiten der Schülerschaft und in einigen Ländern einem eigenen Lehramtsstudiengang - endlich der Status eines regulären Unterrichtsfachs zugestanden wird. Die diskriminierende Abmeldepraxis vom Religionsunterricht in einigen Bundesländern als Voraussetzung für eine Teilnahme am Ethikunterricht muss unbedingt aufgehoben werden. Religions- oder Ethikunterricht muss für jede Schülerin und jeden Schüler frei wählbar sein. Grundgesetz (Art. 7.2) erklärt die Teilnahme am Religionsunterricht als abhängig von der „Willenserklärung der Erziehungsberechtigten“. Es ist ein Ausdruck der Wertschätzung, das Fach endlich aus der sozial abwertenden und rechtlich diskriminierenden Rolle als "Ersatzfach" zu befreien.

Sind Sie bereit, sich für eine bundesweite Aufhebung des Ersatzfachstatus der Ethikfächer einzusetzen und stattdessen Ethik/Praktische Philosophie als reguläres Unterrichtsfach, ohne Abmeldezwang einzurichten?

Tatsächliche Religionsfreiheit ist erst gegeben, wenn es keine institutionelle Förderung ausgewählter Religionsgemeinschaften und ihrer Organisationen durch den Staat gibt. Normen und Werte, gesellschaftspolitische und philosophische Fragen sollten in Schulen in einem gemeinsamen Unterrichtsfach (LER) thematisiert werden. Deshalb sind wir auch zu einer Änderung der Verfassungen bzw. einer entsprechenden Festlegung in den jeweiligen Schulgesetzen bereit.

4. Die Einführung von islamischem Religionsunterricht (IRU) erscheint nur vordergründig als angemessener Beitrag zur Integration von Muslimen in Deutschland. Tatsächlich erfüllt er beide Erwartungen in ihn, der Integration zu dienen und der Radikalisierung vorzubeugen in keiner Weise – und hat auch gar nicht den Anspruch, dies zu leisten. Als erstes Argument gegen einen staatlich finanzierten und an öffentlichen Schulen angebotenen, von den KRM-Verbänden diktierten IRU muss darauf beharrt werden, dass die weitgehende Vereinnahmung der Bildungspläne durch dogmatisch-konservative muslimische Verbände zu einer bizarrer Verkehrung der normativen Grundlagen, der Wertorientierungen der Gesellschaft und zu einem verzerrten Bild der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen in Deutschland in diesen Bildungsplänen führt. So kann es nicht gelingen, Jugendlichen Unterstützung beim Hineinwachsen in unsere Gesellschaft zu bieten. Das zweite Argument gegen einen islamischen Religionsunterricht, der nicht als Ergänzung, sondern als Ersatz für den Ethikunterricht konzipiert ist, lautet: Ein separierter Unterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler fördert die Integration der Muslime nicht, sondern behindert diese eher. Er bestärkt die Kinder in ihrem Anders-Sein, in ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheitskultur in einer westlich und weltlich geprägten Mehrheitskultur. Diese Abgrenzung von der Mehrheitskultur ist erklärtes, erstes Ziel der Bildungspläne für den IRU. Aber die Aufwertung von Muslimen in Glaubensfragen ersetzt keine gesellschaftliche Anerkennung von Migranten aus islamischen Ländern. Der Einwand, islamische Religionslehre sei ein guter Schutz vor religiösem Fanatismus und Fundamentalismus und bewahre die Jugendlichen davor, in den Islamismus, gar in Gewalttätigkeit abzurutschen, verkennt die wirklichen Ursachen religiös begründeter Gewaltbereitschaft, die in erster Linie mit fehlenden zwischen- menschlichen Kontakten zur heterogenen Bevölkerung in Deutschland und mangelnder sozialer und kultureller Integration zu tun hat und nichts mit einem Mangel an aufgeklärtem Religionsverständnis. Ein separierender islamischer Religionsunterricht, der als Ersatz für die Teilnahme am Unterricht in Ethik/Praktischer Philosophie angeboten wird, kann somit an diesen Ursachen nichts ändern. Schüler, die am IRU teilnehmen, besuchen überwiegend zusätzlich Koranschulen. Der Ethikunterricht befördert tatsächlich die kulturelle, ethische und moralische Integration in mustergültiger Weise wie kein anderer Unterricht. Würde er durch einen separierenden islamischen Religionsunterricht ersetzt und nicht ergänzt, wäre das Beste, was man für die Integration muslimischer Kinder in Deutschland tun kann, verspielt.

Sind Sie bereit, islamischen Religionsunterricht als Ergänzung und nicht als Ersatz für den Unterricht in Ethik/Praktischer Philosophie zu verstehen?

Missionierung, gleich durch welche Religion im öffentlichen, staatlich finanzierten oder geförderten Schulwesen finden wir falsch. Wenn Religionsunterricht angeboten wird – unabhängig um welche Religion es sich handelt – sollte dieser nur auf freiwilliger Basis angeboten werden.